BAU-HOLZ

Das Informationsmagazin der Gewerkschaft Bau-Holz

www.bau-holz.at

Mehr **Lohn!**

Unsere **KV-Abschlüsse 2017** Seiten 10 - 11
VPI, die große Unbekannte? Seite 13

wir verhandeln deinen Lohn

Schutz vor Hitze!
Seiten 8–9

Like us on facebook
facebook.com/**deine**gbh

Jahrgang 112 Ausgabe 06-09/2017

Parlament

Vergabenovelle, die neue Gewerbeordnung u. v. m.

Trotz der Neuwahl am 15. Oktober war die Tagesordnung der letzten Plenartage voll mit wichtigen Entscheidungen.

Seiten 4–5

Bausozialpartner in Brüssel

EU-Binnenmarkt braucht faire Regeln

GBH warnt! Niedrigere Lohnnebenkosten ermöglichen Entsendefirmen einen unfairen Wettbewerbsvorteil.

Seiten 6–7

Bauwirtschaft

Hohe Wellen in der Baubranche

Firmenübernahmen, Bauskandale und offene rechtliche Baustellen. Kein ruhiger Sommer für die Baubranche.

Seiten 14-15

Steiermark. Jeder zweite Fall von Lohn- und Sozialdumping passiert am Bau

Viele Baufirmen aus dem Ausland **zahlen zu wenig**

Bei insgesamt 2.093 Anzeigen gegen Lohn- und Sozialdumping 2016 kommen allein 1.043 aus dem Baubereich. Gerade bei den ausländischen Subunternehmern führt fast jede zweite Kontrolle leider „zum Erfolg". So wurden in den ersten fünf Monaten 2017 österreichweit von den BUAK-Kontrollorganen am Bau insgesamt 670 ausländische Firmen überprüft und davon 282 zur Anzeige gebracht. Das sind 42 Prozent. In der Steiermark wurden 71 ausländische Firmen überprüft und bei 53 Verdachtsfälle auf Unterentlohnung festgestellt und angezeigt. Das sind 75 Prozent, österreichweit der höchste Wert! Zum Vergleich: Bei 318 kontrollierten inländischen Firmen gab es nur 5 Verdachtsfälle.

Die weit verbreitete Praxis am Bau ist, dass Aufträge von Unternehmen zu Unternehmen oft nur deshalb weitergereicht werden, um Schwarzarbeit zu verstecken und die Löhne der Beschäftigten zu drücken. GBH-LGF Andreas Linke: „Hier muss der Gesetzgeber einen Riegel vorschieben und endlich eine Generalunternehmerhaftung einführen. Das bedeutet, dass derjenige, der den Bauauftrag annimmt, auch die volle Verantwortung für alle illegalen Machenschaften im Zusammenhang mit weiteren Subvergaben trägt. Zudem sollte von vornherein die Weitergabe von Aufträgen gesetzlich beschränkt werden."

„Aus meiner Erfahrung weiß ich: Kein Bauauftrag ist so komplex, dass er so oft weitervergeben werden muss, wie es derzeit leider Praxis ist. Diese langen und intransparenten Subunternehmerketten werden in missbräuchlicher Absicht gebildet, damit sich einige ‚schwarze Schafe' auf Kosten der Arbeiter und der Steuerzahler bereichern. Dieses System ist Gift für einen fairen Wettbewerb in Österreich. Die Leidtragenden sind die seriösen heimischen Firmen und deren Beschäftigte. Damit muss endlich Schluss sein," fordert GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch.

steiermark@gbh.at

Aus dem Inhalt …

Highlights dieser Ausgabe deines „BAU-HOLZ-Magazins"

Trotz Neuwahl: **Beschlussfassungen im Parlament**
… BUAG-Novelle, Beschäftigungsbonus, Aktion 20.000 ..... Seiten 3-5

Legaler unfairer Wettbewerb durch Entsendungen
… die Bausozialpartner auf Aufklärungstour in Brüssel ..... Seiten 6-7

Menschlichkeit **auf Baustellen gefordert**
… die aktuellen Hitzewellen „hauen den stärksten Bauarbeiter um" ..... Seiten 8-9

Nur die GBH verhandelt deinen Lohn ..... Seiten 10-11
… VPI – Verbraucherpreisindex, die große Unbekannte ..... Seite 13

175 Millionen Euro **für Bauinvestitionen**
… schaffen und sichern zusätzliche 8.500 neue Arbeitsplätze ..... Seite 17

Schwerarbeiter JA oder NEIN?

Neue Regelung schafft **früh Klarheit**

Eine vielgestellte Frage bei Arbeitern kurz vor der Pension ist, ob man als Schwerarbeiter gilt oder nicht. Nachdem es bei den BUAK-Arbeitern eine klare Regelung gibt, ist es nun auch gelungen, in Zukunft Klarheit und frühe Rechtssicherheit bei der Feststellung von Schwerarbeitszeiten auch bei nicht BUAK-zugehörigen Arbeitern zu erreichen. War es bisher erst 3 Jahre vor dem Regelpensionsantrittsalter möglich, diese bei der Pensionsversicherung festzustellen, ist es nun 10 Jahre vorher möglich. Der von Abg.z.NR Josef Muchitsch diesbezüglich eingebrachte Antrag wurde in der letzten Nationalratssitzung beschlossen. Muchitsch: „Es war sehr große Überzeugungsarbeit bei den anderen Parteien notwendig und es wurde sprichwörtlich bis zur letzten Minute verhandelt, aber wir haben es geschafft! Nun können unsere Schwerarbeiter bereits ab dem 50. Lebensjahr ihre Schwerarbeitszeiten feststellen lassen."

Top News
kurz vor Druck des Magazins

Maßnahmen gegen **Ausbeutung von Arbeitern am Bau**

BUAG-Novelle im Nationalrat beschlossen

Künftig müssen Unternehmen, die Bauarbeiter nur Teilzeit oder fallweise beschäftigen, jede Änderung des Beschäftigungsausmaßes und der Lage der Arbeitszeit sowie des Einsatzorts melden.

„Wir beschließen diese Gesetzesnovelle, um Teilzeitbeschäftigung am Bau in den Griff zu bekommen. Wenn von 130.000 Arbeitern auf Baustellen 9.400 teilzeitbeschäftigt sind, dann stimmt etwas nicht. Die gehen ja nicht Mittwoch zu Mittag heim; da geht es um Ausbeutung", erklärte SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch in seiner Rede zur Novelle des Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetzes. „Wenn ein Baumeister in Niederösterreich 26 Arbeiter gemeldet hat und davon 25 teilzeitbeschäftigt sind, bei einem Fliesenleger in Salzburg von 18 Arbeitern alle 18 teilzeitbeschäftigt sind, dann macht das misstrauisch", weist Muchitsch auf den Sozialbetrug hin, der mit dieser Novelle verhindert werden soll.

Zwischen Beschlüssen, 150-Jahr-Feier und Neuwahl

„Dank" ÖVP-Obmann Kurz, der sich jetzt Chancen ausrechnet, Kanzler zu werden, gibt's Neuwahlen. Für mich unverständlich, dass er nicht bereit war, Verantwortung zu übernehmen und als Vizekanzler zu arbeiten. Der zurückgetretene Vizekanzler Reinhold Mitterlehner war da ein anderes „Kaliber" – ein Sozialpartner mit Handschlagqualität.

Dabei ist etwas weitergegangen. In den letzten 12 Monaten bis zu den Juni-Sitzungen haben wir 129 Gesetze, 44 einstimmig, beschlossen. Gerade in den Bereichen Soziales, Justiz und Sicherheit haben wir einiges bewegt. Die Koalition hat vor 4 Monaten einen Reformprozess gestartet, der erfolgversprechend war. Leider hat der eine oder andere ÖVP'ler immer wieder ins Lenkrad gegriffen und so ist die Regierung vom Kurs abgekommen. Trotzdem haben wir z. B. den Beschäftigungsbonus und die Aktion 20.000 auf Schiene gebracht.

Wir als GBH werden im September 150 Jahre alt. Dazu wird es eine Ausstellungsreihe durch alle Bundesländer geben, welche unsere Erfolge aufzeigt.

In diesem Sinne wünsche ich euch einen schönen Sommer und freue mich darauf, gemeinsam unsere erfolgreiche Arbeit fortzusetzen.

J. Muchitsch

Abg. z. NR Josef Muchitsch
GBH-Bundesvorsitzender

Top News kurz vor Druck des Magazins

Aus für **Vergaberechtsnovelle?**

Vergaberechtsnovelle. Die ÖVP-Blockade der Vergaberechtsnovelle fördert Lohn- und Sozialdumping und gefährdet somit heimische Arbeitsplätze speziell in der Bauwirtschaft. **Wir kämpfen trotzdem weiter!**

Mehr als 18 Monate dauern die Verhandlungen zur großen Vergaberechtsnovelle bereits. Nun liegt ein Ergebnis, welches im Ministerrat genehmigt wurde, am Tisch. Der Verfassungsausschuss und der Nationalrat wären mit Beratungen und Beschlussfassungen am Zug. Da bemühen sich Expertinnen und Experten, Sozialpartner sowie Auftraggeber seit Monaten um einen Konsens, schaffen diesen und dann sagt die ÖVP aus wahltaktischen Gründen ‚Njet' und bringt Forderungen ein, die mit dem Vergaberecht nichts zu tun haben, sondern sich gegen den Arbeitnehmerschutz richten.

Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping

Wichtige Änderungen im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping, wie die Schaffung einer elektronischen Baustellendatenbank, der Ausbau des Bestbieterverfahrens und die vertiefte Angebotsprüfung werden blockiert. Damit versickern unsere Steuergelder weiter über Subvergaben mittels Lohndumping an dubiose ausländische Firmen und heimische Arbeitsplätze werden vernichtet.

Aktuelle Statistiken der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) belegen das. Von 1. Jänner bis 31. Mai 2017 wurden insgesamt 3.264 Unternehmen kontrolliert. Bei den 2.594 inländischen Betrieben gab es bei 1,04 Prozent und bei 670 ausländischen Unternehmen bei 42,09 Prozent Verdacht auf Lohn- und Sozialdumping.

Noch könnte die ÖVP einlenken und auf den Weg der Vernunft zurückkehren.

GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch: „Es wäre von der ÖVP unverantwortlich, nicht zumindest die außer Streit stehenden Änderungen zu beschließen. Abgesehen von den Verbesserungen im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping würden wir uns auch Strafzahlungen in Millionenhöhe nach Brüssel, aufgrund der EU-Rechtsumsetzungen, die im Parlament zu verabschieden wären, ersparen. Ich appelliere an die ÖVP, den parlamentarischen Prozess nicht weiter zu behindern, Parteitaktik hintanzustellen und endlich im Interesse der Menschen zu agieren. Sonst gefährdet die ÖVP den sich gerade erholenden Wirtschaftsstandort Österreich."

Nach Rücksprache mit dem Bundeskanzleramt wird versucht, die ÖVP zu überzeugen, doch noch bis zum Plenum im Herbst einen Verfassungsausschuss abzuhalten. Muchitsch abschließend: „Wir werden alles versuchen und weiter kämpfen, damit diese Vergabenovelle doch noch beschlossen werden kann."

Beschäftigungsmodelle **statt Hartz IV**

Kurz-ÖVP fordert Hartz IV. Beschäftigungsmodelle umsetzen, nicht mit Hartz-IV-Plänen auf die Schwächsten hinhauen

Mit der Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre, der Ausbildungspflicht bis 18 sowie der Aktion 20.000 für ältere Menschen, dem Beschäftigungsbonus und dem Gemeindeinvestitionspaket wurde bereits ein wichtiger Anreiz für einen wirtschaftlichen Aufschwung gesetzt und somit Arbeitsplätze geschaffen. Speziell mit dem Beschäftigungsbonus sollen Menschen, die schon in unserem System verankert sind und bereits Beiträge geleistet haben, aber keinen Arbeitsplatz haben, gegenüber Arbeitnehmern aus anderen EU-Ländern bevorzugt werden.

Beschäftigungsmodelle statt Harz IV

Die Kurz-ÖVP geht mit ihren Hartz-IV-Plänen einen völlig falschen Weg, haut damit nur auf die Schwächsten hin und will deutsche Verhältnisse bei der Armutssteigerung in Österreich auslösen.

Was Hartz IV für Österreich bedeutet

Von der Umlegung von Hartz IV auf Österreich wären laut Experten bis zu 700.000 Menschen betroffen und zusätzlich 160.000 stark armutsgefährdet, weil sie keine Arbeitslosenversicherung mehr erhalten würden, nur eine Fürsorgeleistung. In Deutschland hat sich gezeigt, dass seit 2005 mehr als eine Million Menschen nicht mehr aus Hartz IV herausgekommen sind und Deutschland proportional deutlich mehr Langzeitarbeitslose und prekär beschäftigte Personen hat als Österreich.

Gewerbeordnung: Hartnäckigkeit und Extrarunde haben sich gelohnt

Reform der Gewerbeordnung. Nach monatelangen Verhandlungen hat sich die Regierung auf eine Reform der Gewerbeordnung einigen können. GBH-Muchitsch war dabei eine treibende Kraft und ein wichtiges Verbindungsglied zwischen den Regierungsparteien.

Gewerbeordnung wurde im Parlament beschlossen!

Die Reform im Detail

Der größte Teil der Teilgewerbe wird zu freien Gewerben. Um Qualität zu sichern, werden Betonschneiden, Beton- bohren, Bauwerksabdichter und der Erdbau dem reglementierten Baugewerbe zugeordnet. Des Weiteren erfahren die Bau- und Holzbaumeister bei der Aufsicht eine Aufwertung.

Kampf gegen Scheinselbständigkeit

Die Verspachtler von Gipskartonwänden mit derzeit 3.700 Gewerbescheinen und die Aufräumer von Baustellen (Scheibtruhenfahrer) mit 780 Gewerbescheinen werden aus der Liste der freien Gewerbe zur Gänze gestrichen.

Aufwertung der Nebenrechte

Unter Nebenrechten versteht man, dass über einen Gewerbeschein auch andere Tätigkeiten ausgeübt werden können. Bei den reglementierten Gewerben können auftragsbezogen 15 Prozent in anderen Gewerben von einem Unternehmen erwirtschaftet werden, ohne dass man eine zusätzliche Gewerbeberechtigung benötigt. In den freien Gewerben können bis zu 30 Prozent des Jahresumsatzes in anderen Gewerben gemacht werden. Werden die 30 Prozent überschritten, wird eine Meldung fällig.

Qualität gesichert

„Es hat sich ausgezahlt, dass wir diese Extrarunden bei den Verhandlungen gedreht haben“, sagte der SPÖ-Wirtschaftssprecher Christoph Matznetter. Als „wirklicher Durchbruch für die Selbständigen in Österreich“ hob Matznetter dabei die „Single Licence“ hervor.

„Für uns ist entscheidend, dass Qualität und Qualifikation gesichert bleiben“, sagte ÖVP-Wirtschaftssprecher Peter Haubner: „Das ist mit der Beibehaltung des Meisters und der dualen Ausbildung gelungen.“

GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch abschließend: „Wir haben im Parlament den Auftrag der Bundesregierung, die Liste der freien Gewerbe im Bau- und Baunebengewerbe zu durchforsten und Maßnahmen gegen Scheinselbständigkeit zu setzen, sehr ernst diskutiert und ein gutes Ergebnis erzielt. Jetzt ist Schluss mit diesen freien Gewerbescheinen für ‘Scheinselbständige’. Den selbständigen Verspachtler und Scheibtruhenfahrer brauchen wir nicht auf unseren Baustellen.”

Pflegeregress abgeschafft!

Steuer auf Erbschaften ab einer Million Euro könnte Pflegesystem dauerhaft finanzieren

GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch begrüßt Ende der Enteignung im Pflegefall

Der Pflege-Regress wird abgeschafft. Darauf haben sich SPÖ und ÖVP geeinigt.

Auf Antrag von Muchitsch wurde der entsprechende Beschluss am 29. Juni im Nationalrat getroffen. Zur Kompensation ihrer Einnahmen-Ausfälle erhalten die Länder zumindest 100 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich.

Das System sah so aus, dass nicht nur der größte Teil des Pflegegelds und der Pension für Pflege im Heim herangezogen wird, sondern auch allfälliges Privatvermögen der Betroffenen. Selbst bei Schenkungen kann noch einige Jahre etwa auf übertragene Wohnungen zugegriffen werden. Die Länder haben unterschiedliche Regelungen. Nunmehr wird ihnen per Verfassungsgesetz dieser Regress untersagt.

Derzeit beziehen 454.000 Menschen in Österreich Pflegegeld, 40.000 davon können nicht zu Hause gepflegt werden, sondern werden in Pflegewohnheimen betreut. „Genau hier hat sich viel zu oft die Vermögensfalle aufgetan, hier haben Bundesländer, um Kosten zu decken, beim Privatvermögen – von Haus bis zum Spar- buch – zugegriffen. Das ist somit endlich Geschichte“, so Muchitsch.

Bausozialpartner in Brüssel:

Binnenmarkt braucht Regeln **für fairen Wettbewerb**

Die von der Europäischen Kommission geplante europäische Dienstleistungskarte lässt in der Bauwirtschaft die Alarmglocken schrillen. Befürchtet wird ein massiver Anstieg von Scheinselbständigkeit und Lohn- und Sozialdumping.

In Brüssel zeigten die Bau-Sozialpartner jetzt die Auswirkungen der geplanten Regelung auf und konnten damit bei Vertretern von Kommission und Parlament ernsthafte Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Maßnahme wecken.

Dann haben wir Chaos auf dem Bau in Austria!

GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch lehnt die EU-Dienstleistungskarte ab und pocht in Brüssel auf Reform der Entsenderichtlinie

Niedrigere Lohnnebenkosten ermöglichen Entsendefirmen unfaire Wettbewerbsvorteile

Entsendungen. Unternehmen mit Sitz im Europäischen Wirtschaftsraum entsenden Arbeitskräfte nach Österreich, um hier Dienstleistungen zu verrichten. Sie müssen aber laut EU-Recht keine Steuern und Abgaben in Österreich zahlen. Die Sozialpartner warnen vor ruinösem Wettbewerb für österreichische Betriebe.

Kommissionsvertreter Hubert Gambs (l.) musste bei einer Podiumsdiskussion die geplante Dienstleistungskarte gegen den vereinten Widerstand von GBH-Chef Josef Muchitsch (2.v.l.), EU-Parlamentarierin Evelyn Regner (M.) und Bundesinnungsmeister Hans-Werner Frömmel (r.) verteidigen.

„Fairer Wettbewerb und faire Arbeitsmärkte in Europa?“ – unter diesem Motto diskutierten zeitgerecht – einen Tag vor der Anhörung zur Dienstleistungskarte im EU-Parlament – die österreichischen Bau-Sozialpartner mit EU-Vertretern und Repräsentanten der europäischen Institutionen. Im Zuge von Workshops und einer Podiumsdiskussion in der Ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel wurden dabei Auswirkungen bestehender und geplanter EU-Richtlinien auf die nationale Ebene diskutiert und Maßnahmen eingefordert.

„Im EU-Binnenmarkt müssen gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle herrschen. Soziale Standards und Kollektivverträge müssen eingehalten werden. Der unfaire Wettbewerb auf dem Rücken der Arbeitnehmer und korrekter Unternehmen nimmt aber zu, das ist nun einmal Fakt“, so die Bau-Sozialpartner Bundesinnungsmeister Hans-Werner Frömmel und Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) Bundesvorsitzender und Abg. z. NR Josef Muchitsch.

Lohndumping bei Entsendungen steigt

Auch bei den Entsendungen ist die EU gefordert, auf einen fairen Wettbewerb zu achten. Fakt ist, dass Sozialversicherungsvorschriften im Ausland die Entsendeunternehmen, die nach Österreich hinüberarbeiten, massiv begünstigen.

„Eine Studie der TU Graz belegt, dass z. B. aus Ungarn oder Rumänien entsandte Arbeitnehmer legal um rund 30 Prozent billiger arbeiten können”, so der steirische Landesinnungsmeister Alexander Pongratz. Zusätzlich häufen sich im Entsendebereich illegale Praktiken: „Eine Statistik der österreichischen Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) zeigt, dass der Verdacht auf Lohndumping bei entsendenden Unternehmen massiv angestiegen ist“, so Muchitsch. „2016 wurden 7.286 inländische und 1.632 ausländische Unternehmen auf den Baustellen in Österreich überprüft. Das Ergebnis: 9 von 10 aller Verdachtsfälle auf Lohn- und Sozialdumping stammen von ausländischen Entsende-Unternehmen.“

Muchitsch: „EU-Dienstleistungskarte unterläuft soziale Standards“

Der vorliegende Vorschlag der EU-Kommission einer europäischen elektronischen Dienstleistungskarte wird von den Bau-Sozialpartnern skeptisch betrachtet. “Eine derartige Dienstleistungskarte verstärkt bereits existierende Fehlentwicklungen im EU-Binnenmarkt, besonders Lohn- und Sozialdumping sowie illegalen Wettbewerb. Es ist zu befürchten, dass dadurch Scheinselbständigkeit und Briefkastenfirmen einen Freibrief erhalten“, erklärt Muchitsch. “Wir vermuten, dass zusätzliche Erleichterungen beim Marktzugang für Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten kein heimisches Wirtschaftswachstum bewirken, sondern lediglich zu noch mehr Wettbewerbsverzerrung führen”, so Frömmel.

Lohn- und Sozialdumping

Am Bau sind die Lohnkosten aufgrund der hohen Personalintensität wettbewerbsentscheidend. So lange Entsendeunternehmen ihre Lohnnebenkosten nach dem Herkunftslandprinzip leisten, verfügen diese über einen beachtlichen – legalen – Wettbewerbsvorteil.

„Wir haben in Brüssel offene Ohren für unsere Anliegen gefunden. Es ist uns gelungen, mit praktischen Beispielen die Auswirkungen der bestehenden und geplanten EU-Regelungen aufzuzeigen. Die EU-Vertreter haben eine Fortführung der Gespräche mit den Bau-Sozialpartnern zugesichert“, so Frömmel und Muchitsch .

Daten und Fakten aus den Bundesländern

Einen ausführlichen Bericht zum Lohn- und Sozialdumping findest du auf Seite 2.

Hitzewelle prognostizier

Sonnenschutz und ausreichend Trinken bei der Arbeit wichtig

Schutz vor Hitze. Auch harte Männer haben eine empfindliche Haut

Die beliebte GBH-Sonnenschutzaktion gemeinsam mit AUVA und WKÖ läuft auch heuer sehr erfolgreich.

Sonnenbrille, Sonnencreme, Kopfbedeckung, Sonnenschutz-Shirt und ausreichend Trinkwasser müssen in der Sommerhitze zur Grundausstattung jedes Bauarbeiters gehören. „Sonst riskieren auch harte Männer und Frauen am Bau sehr schnell Haut- und Augenschäden, Hitzeschlag und sogar Erkrankungen bis hin zum Hautkrebs!“, so GBH-Gesundheitsschutzexperte Andreas Huss, MBA.

Das haut den stärksten Bauarbeiter um!

GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch appelliert an die Verantwortlichen, die Hitzeregelung ab 35° C anzuwenden.

Jeder Sonnenbrand – vor allem in jungen Jahren – erhöht das Risiko, an Hautkrebs zu erkranken. Aber auch für die Augen stellt die Sonne ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar. Vor allem Horn- und Bindehautentzündung oder Grauer Star zählen zu den möglichen Schäden.

Der am stärksten UV-belastete Bereich ist der Nacken, das ergab eine Studie der AUVA bei Bauarbeitern und Spenglern. Bei den Studienteilnehmern wurde der tolerierbare Wert für die durchschnittliche UV-Strahlung des Nackens um das bis zu Vierzehnfache überschritten. Zudem war bei den Testpersonen auch die Belastung der Augen deutlich erhöht. Sonnenbrillen sind bei reflektierenden Oberflächen (Blechbearbeitung, Höhenbaustellen) notwendig.

Maßnahmen

- Arbeitsplätze mit **Sonnensegeln** und **Sonnendächern** beschatten
- Wenn möglich, **Arbeiten in Innenräume** oder den **Schatten verlegen** bzw. Arbeitszeit verlegen
- **Persönliche Schutzausrüstung:** Kleidung mit Sonnenschutzfaktor, Kappen oder Helme mit Nackenschutz, Sonnenschutzmittel, Sonnenbrille mit UV-Filter
- **Genügend Wasser trinken**

t: Menschlichkeit gefordert

GBH fordert: **Hitzeregelung** ab 35° C anwenden

Schutz vor Hitze!

Tipps zum Schutz vor zu viel Sonne beim Arbeiten im Freien.

Bauarbeiter müssen in der Sonne hart arbeiten, ob sie wollen oder nicht. Sie können nicht in den Schatten flüchten, wie von Experten empfohlen.

Die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) empfiehlt, Sonnenschutzcreme, UV-Schutzbrillen und UV-T-Shirts zu verwenden sowie mindestens 2 Liter Wasser pro Tag zu trinken und appelliert an die Baustellenverantwortlichen, die Hitzeregelung anzuwenden.

Gerade im Sommer fallen die meisten Überstunden an, da bei schlechtem Wetter nicht immer gearbeitet werden kann. Dazu kommen Lärm, Staub, Stress und andere Arbeitsbelastungen. „Das haut sogar den stärksten Bauarbeiter um", bekräftigt GBH-Bundesvorsitzender Abg. z. NR Josef Muchitsch.

Die Folgen bei Arbeiten in der prallen Sonne sind nicht nur schwere Sonnenbrände, sondern auch bösartige Erkrankungen bis hin zum Hautkrebs. Dazu kommen Kreislaufbelastungen und Schädigung der Augen durch UV-Strahlung. Gerade Bauarbeiter brauchen einen Schutz vor dem gefährlichen, nicht sichtbaren Lichtspektrum im Bereich UV (Ultraviolett) und Infrarot (IR). Bei Temperaturen von 30 Grad sinken Reaktionsgeschwindigkeit und Koordinationsfähigkeit um ein Viertel, bei 35 Grad ist bereits mit einer Leistungseinbuße von 50 Prozent zu rechnen. Die Hitze wird zum Risikofaktor: Fehlerhäufigkeit und Unfallrisiko steigen. Bei Arbeiten im Freien zeigt sich, dass die höchsten Unfallraten in den wärmsten Monaten zu verzeichnen sind.

Wassertrinken ist lebensnotwendig!

1. **Genug Wasser trinken ist lebensnotwendig!** Ohne Essen stirbt man, ohne Trinken wesentlich früher!
2. **Flüssigkeitsbedarf:** Mindestens 2 Liter pro Tag! Wer schwer arbeitet, muss mehr Wasser trinken.
3. **Warte nicht, bis du durstig bist!** Erst bei Flüssigkeitsmangel tritt das Durstgefühl auf, deshalb über den ganzen Tag verteilt genügend Wasser trinken.
4. **Mehrmals täglich Wasser trinken** ist gesünder, als alles auf einmal.
5. **Keine zu kalten Getränke!** Zu kalte Getränke verursachen Magenschmerzen.
6. **Natürliches Mineralwasser ist das gesündeste!**

Folgen von Flüssigkeitsverlust:

- Leistungsabfall
- Fehlhandlungen und Unfälle
- Müdigkeit
- Erhöhte Reizbarkeit
- Konzentrationsmangel

Temperaturanfrage gibt Rechtssicherheit

Im Herbst 2012 wurde auf Vorschlag der Bausozialpartner im Parlament eine Regelung im Bauarbeiter-Schlechtwetterentschädigungsgesetz geschaffen.

Darin ist geregelt, dass bei plus 35 Grad Celsius Hitze das Arbeiten im Freien eingestellt werden kann. Die Entscheidung dazu liegt beim Arbeitgeber bzw. dessen Beauftragten. Den Arbeitern gebührt eine Entschädigung in der Höhe von 60 Prozent des Stundenlohns in dieser Ausfallzeit. Im langjährigen Jahresdurchschnitt gab es 4,4 Arbeitstage mit über 35 Grad Hitze.

Muchitsch abschließend: „Wir reden hier von wenigen Stunden, bei denen das Arbeiten im Freien eingestellt werden sollte. Dafür sprechen drei Gründe. Erstens: Die körperliche Arbeitsleistung verringert sich bei diesen tropischen Temperaturen um mehr als die Hälfte. Zweitens: Die Unfallgefahr erhöht sich um ein Vielfaches und drittens: Auch Bauarbeiter haben das Recht, unter menschlichen Bedingungen zu arbeiten. 35 Grad und mehr sind keine menschlichen Arbeitsbedingungen mehr."

Link-tipp

Zur Rechtssicherheit bietet die Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) eine Hitze-Temperaturabfrage der ZAMG (Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik) an. **Nähere Informationen dazu und alle rechtlichen Grundlagen findest du unter:** www.**buak**.at

Mehrjährige KV-Abschlüsse

Die GBH verhandelt deinen Lohn. Die gute Sozialpartnerschaft hat sich bei den Lohnverhandlungen in den BAU-HOLZ-Branchen bewährt. Die GBH geht seit einigen Jahren einen neuen, zukunftsweisenden Weg: Lohnabschlüsse werden meist für zwei oder sogar drei Jahre verhandelt. Das bringt Sicherheit für beide Seiten – bessere Planbarkeit für die Wirtschaft und die Sicherheit für die Beschäftigten, dass es auch im nächsten Jahr eine Lohnerhöhung über der Inflationsrate gibt.

Die Bausozialpartner sind in diesem Bereich Vorreiter. Das hängt nicht zuletzt mit den vielen gemeinsamen Kampagnen zusammen – beiden Seiten geht es hier um zukunftsweisende Konzepte für einen fairen Wettbewerb und darum, Arbeitsplätze in Österreich zu sichern. GBH-BV Josef Muchitsch: „Wir haben uns über die Jahre eine gute Gesprächsbasis mit unseren Sozialpartnern erarbeitet, die von gegenseitigem Verständnis geprägt ist. Uns ist es wichtig, dass unsere Mitglieder einen Job haben, für den sie gerecht entlohnt werden, und dass die Rahmenbedingungen passen. Bei den Lohnverhandlungen stellen wir realistische Forderungen für unsere Beschäftigten und schaffen es damit, meist in der ersten Runde einen guten Abschluss zu erreichen. Nur so war es möglich, im schwierigen Bereich holz- und kunststoffverarbeitendes Gewerbe eine Ist-Lohnerhöhung umzusetzen. 1.500 Euro Mindestlohn ist fast überall erledigt."

Die Kollektivvertragsabschlüsse 2017 im Überblick:

Bauindustrie und Baugewerbe

- **Zwei-Jahres-Abschluss** für 120.000 Bauarbeiter
- **Erhöhung der Kollektivvertrags-Löhne um 1,5 Prozent** mit 1. Mai 2017 und nochmals um den Verbraucherpreisindex (VPI) + 0,5 Prozent ab 1. Mai 2018 (Erklärung dazu siehe Artikel Seite 13). Es gilt die Parallelverschiebung. Für einen Facharbeiter IIb bedeutet das bei Durchbeschäftigung um 504 Euro mehr Lohn pro Jahr.
- Im Zuge der Verhandlungen wurde u.a. eine **Erhöhung des Taggelds** auf 28 Euro für Wochenpendler beschlossen. Das kleine Taggeld erhöht sich mit 1. Mai 2017 auf 10,40 Euro, ab 1. Mai 2018 auf 10,50 Euro, das mittlere Taggeld erhöht sich auf 16,70 Euro und ab 1. Mai 2018 auf 16,90 Euro.
- Bei vorübergehenden **Arbeiten auf Baustellen im Ausland** steht dem Arbeiter künftig das erhöhte Taggeld in der Höhe des jeweiligen Satzes gemäß der Reisegebührenvorschrift zu.
- Weiters wurde vereinbart, dass die **Elternkarenzzeiten** künftig für Ansprüche, die von der Dauer des Dienstverhältnisses abhängig sind, bis zu einer Zeitspanne von 24 Monaten angerechnet werden.

Nach jahrelangen Verhandlungen ist es uns gelungen: Lehrlinge erhalten das **gleich hohe Taggeld wie Facharbeiter!**

Baunebengewerbe

- **KV-Lohnerhöhung um 1,56 Prozent und Parallelverschiebung.** Für einen Facharbeiter bei Durchbeschäftigung bedeutet das um 504 Euro mehr pro Jahr.

Schlechtwetter gilt nun auch für Lehrlinge! Die Lehrlingsentschädigungen **erhöhen sich um 3,76 Prozent!**

Zimmerergewerbe

- **KV-Lohnerhöhung um 1,51 Prozent und Parallelverschiebung.** Für einen Facharbeiter bei Durchbeschäftigung bedeutet das um 492 Euro mehr pro Jahr.

Maler und Tapezierer

- **KV-Lohnerhöhung um 1,56 Prozent und Parallelverschiebung.** Für einen Facharbeiter mit Lehrabschlussprüfung nach dem 3. Verwendungsjahr bei Durchbeschäftigung bedeutet das um 420 Euro mehr pro Jahr.

Hafner, Platten- und Fliesenleger und Keramiker

- **KV-Lohnerhöhung um 1,56 Prozent und Parallelverschiebung.** Für einen Facharbeiter bei Durchbeschäftigung bedeutet das um 492 Euro mehr pro Jahr.

Die Lehrlingsentschädigungen für Hafner, Platten- und Fliesenleger **erhöhen sich um 3,76 Prozent!**

Holz- und Sägeindustrie

- Die **KV-Löhne stiegen mit 1. Mai 2017 um 1,7 bis 1,82 Prozent, die Ist-Löhne werden um 1,6 Prozent, mindestens 30 Euro im Monat,** erhöht.
- Das bedeutet z.B. für einen Facharbeiter II in der Holzindustrie 444 Euro, für einen Facharbeiter II in der Sägeindustrie um 468 Euro mehr pro Jahr.
- **Elternkarenz,** die nach dem 1.5.2017 endet, wird auf dienstzeitabhängige Ansprüche zur Gänze angerechnet. Für Lehrlinge werden die Kosten der wöchentlichen Heimfahrten übernommen.

Wöchentliche bezahlte Heimfahrt von der Berufsschule gebührt nun unabhängig von der internatsmäßigen Unterbringung. Du bekommst die Heimfahrt also auch bezahlt, wenn du nicht im Internat schläfst.

Tischlergewerbe

- **KV-Lohnerhöhung um VPI plus 0,5 Prozent, also insgesamt 1,56 Prozent**

– für dich erreicht

wir verhandeln deinen Lohn

und Parallelverschiebung, also Ist-Lohnerhöhung. Für einen Facharbeiter II bei Durchbeschäftigung bedeutet das um 384 Euro mehr pro Jahr.

Kunststoffverarbeitendes Gewerbe

- Erstmals in der Geschichte wurde eine **Parallelverschiebung** mit Schiedskommission im Kunststoffgewerbe vereinbart.
- Für die knapp 11.000 Beschäftigten wurde ein **Dreijahresabschluss** erreicht.
- **Die KV-Mindestlöhne steigen mit 1. 5. 2017 um 1,5 Prozent**. Für einen Facharbeiter II bei Durchbeschäftigung bedeutet das um 360 Euro mehr pro Jahr. Die Löhne in der Lohngruppe Vb steigen um rund 2,4 Prozent auf 1460 Euro brutto. In einem nächsten Schritt steigen die Löhne dieser Lohngruppe ab 1.5.2018 auf mindestens 1500 Euro brutto. Zusätzlich wird vereinbart, dass die ArbeiterInnen in der Lohngruppe Vb nach spätestens zwei Jahren Dienstzugehörigkeit in die Lohngruppe Va umzureihen sind. **Somit sind zwei zentrale Forderungen für diese Branche erreicht.**
- Ab 1. 5. 2018 steigen die Löhne der anderen Lohngruppen **zusätzlich um den Verbraucherpreisindex plus 0,5 Prozentpunkte.** Ab 1. 5. 2019 werden die Löhne um den **Verbraucherpreisindex plus 0,6 Prozentpunkte** weiter erhöht (siehe Artikel VPI, Seite 13).
- Die **Lehrlingsentschädigungen werden um die gleichen Prozentsätze erhöht** (auf nächste 10er-Stelle aufgerundet).
- Bei der **Abfertigung alt gilt nun, dass im Todesfall unterhaltsberechtigte Personen** (Erben) Anspruch auf die volle Höhe (100 Prozent) des Abfertigungsbetrages haben statt wie bisher auf 50 Prozent.
- Die Sozialpartner einigten sich außerdem darauf, dass im Kollektivvertrag eine **Empfehlung für eine Fortzahlung des Entgeltes für den gesamten Arbeitstag am 24. und 31.12. ausgesprochen wird.**
- Sofern Lehrlinge die **Heimfahrt** bei der internatsmäßig geführten Berufsschule nicht vierzehntägig ersetzt bekommen, kann in diesen Fällen die Schiedskommission kontaktiert werden. Bestehende Regelungen für zur Verfügung gestellte **Heimfahrten und Fahrtkostenersätze** bzw. Freifahrten der Länder sind zu berücksichtigen.
- Die bisherige **Störzulage** wird mit der modernen Textierung, wie bei den Tischlern, in den Grundzügen übernommen. Für Arbeiten außerhalb des Betriebes erhalten Arbeiterinnen und Arbeiter bei einer Abwesenheit von mehr als fünf Stunden 2,10 Euro pro Stunde, bei Nächtigung jedenfalls 26,40 Euro an Taggeld. Stellt der Dienstgeber kein Quartier zur Verfügung, erhalten Dienstnehmer zusätzlich 15 Euro pro Nächtigung bzw. nach Vorlage eines Rechnungsbeleges die tatsächlichen Nächtigungskosten. Sollte an einem anderen Betriebsstandort gearbeitet werden, gebührt ebenfalls das Taggeld in gleicher Höhe, wenn der gewöhnliche Arbeitsort vom anderen Betriebsstandort mehr als 20 Kilometer entfernt ist.
- Das **bestehende Arbeitszeitmodell der Tischler wird übernommen.** Somit besteht die Möglichkeit, bis zu 130 Stunden jährlich flexibel zu arbeiten.

Für unsere Jugend erreicht!

Lehrlingsentschädigungen werden mit 1.5.2017 um **1,5 Prozent erhöht** und auf die nächste 10er-Stelle aufgerundet.

Karosseriebauer

- Der KV-Abschluss im Karosseriebau bringt **1,5 Prozent mehr Lohn mit 1. Mai 2017.** Ab **1.5.2018** gibt es zusätzlich eine Erhöhung um den **VPI plus 0,4 Prozent, ab 1.5. 2019 zusätzlich um den VPI plus 0,4 Prozent.**
- In einer Dreijahres-Vereinbarung wurde außerdem die **Parallelverschiebung ab 2019 durchgesetzt.**

Musikinstrumentenerzeuger

- Erstmals in der Geschichte wurde auch bei den MusikinstrumentenerzeugerInnen **eine Parallelverschiebung mit Schiedskommission,** also eine Ist-Lohnerhöhung, erreicht. Sie tritt mit 1. Mai 2019 in Kraft. Für 2017/2018 gilt weiterhin die Ist-Lohn-Empfehlung.
- Die **kollektivvertraglichen Mindestlöhne stiegen mit 1. Mai 2017 um 1,35 Prozent.** Der geringste kollektivvertragliche Mindestlohn beträgt nun 1.629 Euro. Für 2018 und 2019 wurden weitere Lohnerhöhungen vereinbart.
- Die **Lehrlingsentschädigungen werden um die gleichen Prozentsätze erhöht** (nächste 10er-Stelle aufgerundet).
- Einigung: Im Kollektivvertrag wird eine Empfehlung für eine Fortzahlung des Entgeltes für den gesamten **Arbeitstag am 24. und 31. 12.** ausgesprochen.
- Die **Heimfahrt aus der Berufsschule** wird für die Lehrlinge wie im Kunststoffgewerbe geregelt.
- Die bisherige **Störzulage** wird mit der modernen Textierung, wie bei den Tischlern, in den Grundzügen übernommen, ebenso das neu bestehende Arbeitszeitmodell der Tischler.

Stein- und keramische Industrie

- Die rund 8.500 ArbeiterInnen erhielten mit **1. Mai 2017 eine Erhöhung um plus 1,75 Prozent auf die KV-Löhne sowie 1,6 Prozent auf die Ist-Löhne**. Ab **1. Mai 2018 gibt es eine KV-Lohnerhöhung um den VPI plus 0,55 Prozentpunkte** (siehe Seite 13), der **Ist-Lohn wird um den VPI plus 0,4 Prozentpunkte erhöht.**
- **Anrechnung der Karenzzeiten** auf Entgeltansprüche und bei **Lehrlingen die Übernahme der Fahrtkosten** bei Absolvierung der Berufsschulen. Auch die Anhebung des Mindestlohns auf 1.500 Euro wurde erreicht.

Für unsere Jugend erreicht!

Bezahlte Heimfahrt auch, wenn du nicht im Internat schläfst.

Wildbach- und Lawinenverbauung

- KV-Löhne und Lehrlingsentschädigungen erhöhen sich ab **1.5.2017 um 1,5 Prozent linear.**

Link-tipp

KV-Plakate unter: www.bau-holz.at

Schnabl zu Gast im **UKH Meidling**

AUVA. Der Präsident des Arbeitersamariterbundes Österreich und NÖ-Landesparteivorsitzende der SPÖ Franz Schnabl war zu Gast im UKH Meidling.

Mit dem Vorsitzenden der AUVA-Landesstelle Wien und GBH-Niederösterreich-Landesgeschäftsführer Rudolf Silvan erörterte Schnabl, wie Arbeitsunfallopfer aus Niederösterreich bestmöglich versorgt werden können.

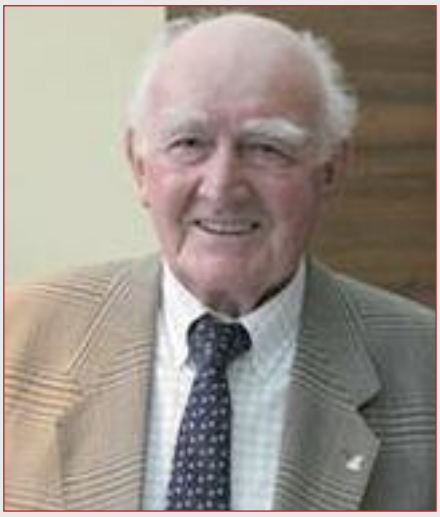
Silvan: „Das ist nur in den AUVA-Unfallkrankenhäusern möglich!“

Fotocredit: Christoph Lipinsky

v. l. n. r.: Direktor Stv. Mag. Reinhard Minixhofer, Dir. Mag. Alexander Bernart, LPV Franz Schnabl, GBH LGF Rudolf Silvan und der ärztliche Leiter Prof. Christian Fialka

Johann Köteles verstorben

Gewerkschaft Bau-Holz. Wir trauern um Johann Köteles, der am 24. Juni im 88. Lebensjahr verstorben ist. Geboren am 8. März 1930 in Kirchberg/Wechsel (NÖ), absolvierte Köteles eine Maurerlehre bei der Fa. Sepp Haas und war einige Jahre lang als Maurer bei verschiedenen Wiener Baufirmen. 1951 übersiedelte er in das damalige Westdeutschland, wo er als Gipser tätig war. Nach Wien zurückgekehrt, war er weiterhin als Gipser tätig und wurde bald zum Zentralbetriebsratsobmann der Fa. Sager-Woerner gewählt.



Gewerkschaftsmitglied war Johann Köteles schon seit dem Jahr 1946, also seit über 70 Jahren.

Am 2. November 1964 begann seine Gewerkschaftskarriere als Sekretär der GBH Wien. 1974 wurde er zum Zentralkassier, 1978 zum Zentralsekretär und 1986 schließlich zum Leitenden Zentralsekretär der GBH bestellt.

Funktionen

Auch in seinen anderen Funktionen, so z.B. als Kammerrat, als Vorstandsmitglied des österreichischen Instituts für Bauforschung, als stv. Mitglied im Präsidialausschuss des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, als Obmann der BUAK 1982 bis 1983 und langjähriger Obmann der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter ab 1983 und nicht zuletzt als Abgeordneter zum Nationalrat 1986 bis 1990 war er stets für die Interessen der Bau-, Holz- und SteinarbeiterInnen aktiv.

Hans-Böck-Ehrennadel

1994 wurde ihm für seine Verdienste um die Arbeiterbewegung die goldene Hans-Böck-Ehrennadel verliehen, die höchste Auszeichnung der GBH.

wir verhandeln deinen Lohn

Die große Unbekannte **VPI**

Verbraucherpreisindex. Die Abkürzung VPI findet sich immer öfter im Zusammenhang mit den Kollektivvertragsabschlüssen der Gewerkschaft Bau-Holz. So zum Beispiel „die Kollektivvertragslöhne für 2018 erhöhen sich um den VPI plus 0,5 Prozentpunkte“.

Was heißt das konkret für die Lohnerhöhung?

VPI bedeutet „Verbraucherpreisindex“ und umgangssprachlich sprechen wir von Inflationsrate.

Auch in den Medien wird jeden Monat berichtet, was nicht alles teurer oder billiger wurde.

So sind die Preise im März 2017 um 2,0 % angestiegen. Es handelt sich um einen Durchschnittswert eines Warenkorbes von rund 700 verschiedenen Waren und Dienstleistungen. Diese werden auch noch untereinander gewichtet. Z.B. der Preis von 1 Liter Benzin ist in diesem gesamten Warenkorb mit einem Wert X bewertet. Diese Preise werden Monat für Monat von der Statistik Austria erhoben, in einen „Indexwert“ umgerechnet und veröffentlicht. Der Durchschnitt von 12 Monaten ergibt somit einen Jahreswert. „Die Preise des Jahres 2016 haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 % erhöht“.

Dieser Index VPI ist somit eine Zahl, die uns zeigt, wie hoch die Preise innerhalb des letzten Monats oder Jahres angestiegen sind.

Was hat das alles mit den Kollektivvertragsverhandlungen zu tun?

Ziel unserer Kollektivvertragsverhandlungen ist, die Einkommen der ArbeitnehmerInnen zu erhöhen, damit der Lebensstandard oder Wohlstand erhöht wird.

Ein Teil dieser Erhöhung wird aber durch steigende Preise leider zunichte gemacht. Somit ist unsere Mindestforderung erstens, diese Verteuerungen auszugleichen, und zusätzlich eine Steigerung am allgemeinen Wirtschaftswachstum sowie an den Produktivitätsgewinnen zu erhalten.

Ohne diesen Ausgleich der Teuerung hätten die ArbeitnehmerInnen zwar mehr Geld im Börserl, aber es wäre nicht möglich, sich auch effektiv „mehr leisten“ zu können. Dieser Ausgleich der Teuerung lässt sich am besten durch den VPI sicherstellen. Daher haben wir bei Kollektivvertragsabschlüssen, die für 2 oder 3 Jahre vereinbart werden, immer die Basis des VPI. Hinzu kommt noch ein Aufschlag, der dieses „mehr leisten“ auch sicherstellt.

Beispiel Tischlergewerbe

Hier haben wir in den Kollektivvertragsverhandlungen im April 2016 bereits auch eine Erhöhung für 1. Mai 2017 vereinbart, die wir eben mit der Unbekannten VPI versehen haben. „Ab 1. Mai 2017 werden die Kollektivvertragslöhne um den VPI zuzüglich 0,5 % erhöht.“ Der Betrachtungszeitraum des VPI ist hier nicht das vergangene Kalenderjahr 2016, sondern die Monate des vereinbarten Zeitraumes März 2016 bis Februar 2017. Von der Statistik Austria erhobene Monatswerte werden somit jetzt zusammengezählt und ein Durchschnitt gebildet. Hier ergibt sich eine Zahl für unseren VPI von 1,06 %. Mit den vorher erwähnten 0,5 % ergibt sich somit schließlich 1,56 % als Erhöhungswert für die Kollektivvertragslöhne im Tischlergewerbe mit 1. Mai 2017.

Warum kein fixer Prozentsatz?

Natürlich könnten wir bereits einen fixen Prozentsatz für das zweite Jahr vereinbaren. Doch dieser Wert wäre dann ein Risiko, da es nur Prognosen gibt, wie sich die Inflationsrate entwickeln wird. Leider haben wir in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass Prognosen nicht immer richtig liegen. Wir wussten schon vorher, wie die Lohnerhöhung ausfallen wird, doch die Inflationsrate war leider höher als erwartet.

Nun haben wir den umgekehrten Weg eingeschlagen: Wir wissen zwar den genauen Prozentsatz der Lohnerhöhung im nächsten Jahr nicht, aber dafür wissen wir, dass wir mit dem VPI plus Aufschlag auf der sicheren Seite sind, damit sich die Arbeitnehmer effektiv mehr leisten können.

deine GBH klärt auf!

Hohe Wellen **in d**

Bauwirtschaft. Firmenübernahmen in großem Stil, Konkurrenzdruck, Bauskandale und offene rechtliche Baustellen: In der Baubranche sieht man einem alles andere als ruhigen Sommer entgegen.

Konjunktur- und Wirtschaftsforscher sehen die österreichische Bauwirtschaft in einem Langzeithoch, die Arbeitslosigkeit sinkt deutlich, viele Baufirmen melden Auftragsrekorde. All diese positiven Anzeichen einer nachhaltigen Wirtschaftserholung können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bauwirtschaft gleichzeitig mit massiven Problemen zu kämpfen hat, die nur dann zu lösen sind, wenn es endlich zu einem faireren Wettbewerb kommt.

Konzerne und Kleinunternehmen auf dem Vormarsch

Die großen Konzerne werden immer größer, erstaunlich viele Kleinunternehmen kommen dazu. Auf der Strecke bleibt immer öfter der „Mittelbau", dem im Konkurrenzkampf zusehends die guten Ergebnisse ausbleiben.

Überraschend kam im Mai die Meldung von der Übernahme der Salzburger G. Hinteregger & Söhne Baugesellschaft m.b.H. durch die Porr AG. Gleichzeitig übernahm die Familie G. Klaus Hinteregger die Linzer Dywidag-Gruppe.

In einem Interview mit der Fachzeitschrift „a3 Bau" wurde GBH-Bundesvorsitzender Josef Muchitsch als einer der besten Branchenkenner und -beobachter zu diesen Übernahmen befragt: Veränderungen im Markt würden die Hinteregger- und Dywidag-Übernahmen nicht bewirken, meint Muchitsch im Interview, in Salzburg und Oberösterreich würden sie aber sehr wohl Auswirkungen haben: „Dafür spricht, dass die Mitarbeiter übernommen werden, dagegen, dass es noch mehr konzentrierte Anbieter gibt".

Nur wenige Tage später stieg die Kufsteiner Ing. Hans Bodner Baugesellschaft mbH & Co KG zur Hälfte bei der neu gegründeten Dobler Baugesellschaft m.b.H. in Röthis in Vorarlberg ein. Begründet wurde der Deal damit, dass der Hochbaumarkt hart umkämpft sei und man als Baufirma eine bestimmte Größe brauche, um entsprechende Projekte abwickeln zu können. Seit einigen Jahren ist Bodner auch in Salzburg und Bayern sehr aktiv.

„Interessant ist ja, dass es mehr Unternehmen im Baubetrieb gibt. 2017 wurden schon um drei Prozent mehr Bauunternehmen gegründet als 2016 – im Wissen, dass die Schere immer mehr auseinandergeht", so Muchitsch im a3-Interview. Die Alpine-Pleite, die rechtlich immer noch nicht ganz ausgestanden ist, hat zu einer gewissen Bereinigung der Situation geführt, viele der Firmen, die Aufträge der Alpine übernommen hatten, taten dies hauptsächlich mit Blick auf das Know-how und die erfahrenen Bauarbeiter, die sie übernehmen konnten.

Beschäftigungsplus von 7,4 Prozent in den Baubranchen

Mit der guten konjunkturellen Entwicklung am Bau kommen auch die Arbeitsplätze: Aktuell gibt es ein Beschäftigungsplus von 7,4 Prozent und eine anhaltend sinkende Bau-Arbeitslosigkeit.

ler Baubranche

Anfang Juni waren um 13 Prozent weniger Bauarbeiter arbeitslos. Auch mittelfristig ist die Auslastung der Betriebe so gut wie schon lange nicht.

Auftrags-Höchststände

Von einem „atemberaubenden Auftragsbestand“ spricht Porr-Chef Karl-Heinz Strauss (a3 BAU 5/2017). Gleichzeitig mit diesem historischen Höchststand stieg die Produktionsleistung im ersten Quartal um 18,4 Prozent auf 768 Millionen Euro an, während der Auftragseingang um 22,4 Prozent über dem Vorjahreszeitraum lag und 1,491 Milliarden Euro erreichte – „und das ohne Einmaleffekte durch Großprojekte“.

Ähnliches vermeldet die Strabag: Ein „Rekord-Auftragsbestand“, der im ersten Quartal erstmals in der Unternehmensgeschichte die Marke von 16 Milliarden Euro überschritten habe, was ein Plus von 15 Prozent bedeute, wird hier veröffentlicht.

Diese Rekordmeldungen und die übrigen guten Rahmenbedingungen müssen dafür genutzt werden, jetzt für einen faireren Wettbewerb zu sorgen. Die Pläne dazu sind sehr konkret, haben aber Widersacher, wie Josef Muchitsch im a3-Interview aufzeigt: „Die Baustellen-Datenbank für öffentliche Auftraggeber, die als zu großer Aufwand bezeichnet wird, die ‚Baustellencard‘ als eine Art e-card für Bauarbeiter, die an der Wirtschaftskammer scheitert, und schließlich das Durchbrechen der Subunternehmer-Kette, wodurch nach Ausschreibung und Auftragserteilung nur mehr die Vergabe an ein Sub-Glied gestattet wäre. Das scheitert am Widerstand der großen Bauindustrie.“

Der Bauskandal

Preisabsprachen und Korruption sind die Themen, mit denen sich führende österreichische Bauunternehmen derzeit beschäftigen müssen. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt gegen 203 Beschuldigte wegen Korruptionsverdachts.

Im Bundesvergabegesetz konnten die Bau-Sozialpartner das Bestbieterprinzip endlich durchsetzen. In der derzeit verhandelten Novelle wollen einige Kräfte nun keine Weiterentwicklung, sondern das bisher Erreichte möglichst wieder aufweichen und entschärfen. „Bund und Länder haben wenig Bereitschaft, Lohn- und Sozialdumping sowie den Steuerbetrug zu bekämpfen“, sagt Muchitsch. (Anmerkung: Infos von den Plenartagen findest du auf den Seiten 4-5 in diesem BAU-HOLZ-Magazin.)

Für die Gemeinden wurden eigene praktikable Lösungsmodelle für faire Vergaben erarbeitet, die eine wertvolle Unterstützung für die praktische Arbeit sind. Oft hapert es dennoch an der Umsetzung. „Da fehlt es in den Bau-Abteilungen, aber auch bei öffentlichkeitsnahen Bauherren oft am Verständnis, wie wichtig es ist, die regionale Wirtschaft, die regionalen Arbeitsplätze zu fördern und zu erhalten“, so Muchitsch.

Link-tipp

Wie Gemeinden Aufträge fair vergeben können …

www.**josef-muchitsch**.at/muchitsch/**gemeindevergaben**

All das ist Auslöser für einen unfairen und zerstörerischen Konkurrenzkampf, in dem mit Sub-Sub-Subunternehmern, Lohndumping und auch Preisabsprachen der faire Wettbewerb zu Grabe getragen wird. Muchitsch: „Da braucht es schlagkräftige gesetzliche Regelungen, nicht nur im Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz und im Vergaberecht, sondern auch in der Gewerbeordnung.“

„Im Trockenbau gibt es zum Beispiel 3.700 Ein-Personen-Unternehmen (EPU) mit dem freien Gewerbeschein zum ‚Verspachteln von Gipskartonplatten‘ oder zum ‚Selbständigen Scheibtruhenfahren‘, das sind die sogenannten Aufräumer, lauter Schein-Selbständige, vor allem aus Polen. Da dürfen und werden wir nicht zuschauen!“, so Muchitsch.

Bei der steigenden Schein-Selbständigkeit dürfen wir nicht länger zuschauen.

GBH-BV Abg. z. NR Josef Muchitsch fordert die Kurz-ÖVP auf, bei der Vergaberechtsnovelle nicht länger auf der Bremse zu stehen, damit gefährde sie Arbeitsplätze.

Urlaub in Österreich.
Richtig schön!

Erholung in den besten Destinationen Österreichs zu sensationellen Preisen!

Als GBH-Mitglied genießt du den Vorteil, in den schönsten Regionen Österreichs preiswert zu urlauben.

HOTEL ALPENHOF KIRCHBERG / TIROL

HOTEL TAUERNBLICK SCHLADMING

Durchgeboxt: 175 Millionen Euro Bauinvestitionen für Gemeinden

Die Förderungshöhen für die Gemeinden sind fixiert und stehen seit 1. Juli 2017 zur Verfügung. Für Gemeinden gibt es eine Anlaufstelle bei der Buchhaltungsagentur des Bundes. Die Gemeinden bekommen mehr Geld für Bauprojekte. Das bringt Arbeitsplätze in unseren Branchen und eine bessere regionale Infrastruktur.

Investitionen pro Bundesland

Burgenland	5,5 Mio Euro
Kärnten	11,2 Mio Euro
Niederösterreich	31,6 Mio Euro
Oberösterreich	28,4 Mio Euro
Salzburg	10,8 Mio Euro
Steiermark	24,4 Mio Euro
Tirol	14,3 Mio Euro
Vorarlberg	7,5 Mio Euro
Wien	41,3 Mio Euro
Summe	**175,0 Mio Euro**

Anträge wickelt die Buchhaltungsagentur des Bundes ab.

www.buchhaltungsagentur.gv.at

Die SPÖ hat sich durchgesetzt und das Gesetz konnte in der Mai-Sitzung im Parlament beschlossen werden. Damit erhalten Gemeinden eine Finanzspritze vom Bund und 8.500 neue Arbeitsplätze werden geschaffen.

Die Initiative dazu kam von Sozialminister Alois Stöger. Unterstützung bekam er vom GBH-Bundesvorsitzenden Abg. z. NR Josef Muchitsch: „Letztendlich ist es uns gelungen, den Finanzminister zu überzeugen, dass es Sinn macht, zusätzliche 175 Millionen Euro in Form von Förderungen für Baumaßnahmen zur Modernisierung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Also eine Win-Win-Win-Situation: Arbeitsplätze werden geschaffen, die regionale Wirtschaft gestärkt und die Infrastruktur durch zusätzliche Investitionen verbessert."

Bauinvestitionen in unsere Regionen

Muchitsch zeigte sich mit dem Ergebnis zufrieden: „Das war ein wichtiger Beitrag der Kern-Mitterlehner-Regierung, um die Infrastruktur-Investitionen in den Regionen zu fördern. Gerade für den ländlichen Raum sind infrastrukturelle Einrichtungen eine sinnvolle Maßnahme gegen Abwanderung."

Die Eckpunkte der Förderung

- Antragszeitraum: 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2018.
- Fixer Förderbetrag für jede Gemeinde, der dann in Form von einem oder mehreren Projekten abgerufen werden kann.
- Der Zweckzuschuss wird für zusätzliche Bauinvestitionen gewährt
- Maximal 25 Prozent der Gesamtkosten eines Projekts werden gefördert. Weitere Investitionszuschüsse (z.B. von Landesseite) sind möglich.
- Verwendungszweck: Errichtung, Erweiterung und Sanierung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, Einrichtungen für Behinderte oder Senioren und kommunale Sport- und Freizeitanlagen, über Umbauten zur Barrierefreiheit und Investitionen in Verkehrs-, Müll-, Abwasser- und Wasserinfrastruktur bis hin zur öffentlichen Wohnraum- und Breitbandschaffung.
- Nicht förderbar: Anschaffung von Fahrzeugen, Personalkosten und Eigenleistungen der Gemeinden.

Auswirkungen

- Das Programm hebelt Bauinvestitionen von insgesamt 750 Millionen Euro, das entspricht knapp 8.500 zusätzlichen Jobs für die Jahre 2017 und 2018.
- Es profitieren alle Gemeinden, die zusätzliche Investitionen tätigen.

Regierung setzt Versprechung um

„Damit setzt die Regierung ihr Versprechen über knapp 175 Millionen Euro an Förderungen für Baumaßnahmen zur Modernisierung der kommunalen Infrastruktur um", so Muchitsch abschließend.

www.hotel-tauernblick.at

HOTEL TAUERNBLICK SCHLADMING

Hotel Tauernblick, Hochstraße 399
8970 Schladming, Austria
Tel +43(0)3687 22001
E-Mail info@hotel-tauernblick.at

www.kirchberg-alpenhof.at

HOTEL
ALPENHOF
KIRCHBERG / TIROL

Hotel Alpenhof, Brandseitweg 8
6365 Kirchberg in Tirol
+43(0)5357 23890
info@kirchberg-alpenhof.at

BHI-Europakomitee: Innovative Gewerkschaftsarbeit und moderne Struktur

In der georgischen Hauptstadt Tiflis trafen die Mitglieder des Europakomitees der Bau-Holz-Internationale (BHI) im Mai zu einer zweitägigen Konferenz zusammen.

GBH-BV Josef Muchitsch als Vorsitzender des Europakomitees der BHI hat zum Treffen geladen, in dessen Mittelpunkt drei intensiv diskutierte Bereiche standen.

Einerseits wurde über eine zukünftige Struktur der beiden europäischen Dachorganisationen der Bau- und Holzarbeitergewerkschaften BHI Europa und EFBH (Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter) gesprochen. Bei der lebhaften Debatte wurde ein Modell einer Neuausrichtung besprochen, das Beppo Muchitsch mit seinen Kollegen aus mehreren europäischen Staaten entwickelt hat.

Andererseits wurde ein Entwurf einer Resolution zum Thema Migration debattiert. Diese Resolution dient als Vorbereitung zu einem Seminar zu diesem Themenkreis, zu dem die GBH gemeinsam mit der EFBH nach Wien einlädt.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt betraf innovative Ansätze in der Gewerkschaftsarbeit.

Dabei wurde von den Anwesenden mit großem Interesse der Vortrag von GBH-Experten Christian Fölzer zur Arbeit der GBH an den Grenzen zu Ungarn und Slowenien verfolgt.

Einheitliche Leistungen in der Krankenversicherung – erste Schritte mit 1. Oktober umgesetzt!

Rund 90 % aller Gesundheitsleistungen sind gesetzlich geregelt und damit österreichweit einheitlich. Spitalsleistungen, Medikamente, ärztliche Hilfe, Therapien sind einheitliche Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und gelten in ganz Österreich.

Allerdings gibt es bisher auch Leistungen, die die Krankenversicherungsträger selbst und zusätzlich zur Verfügung stellen können, wenn es ihre finanziellen Möglichkeiten zulassen. Kassen mit geringeren Beitragseinnahmen und Kassen mit einer älteren Bevölkerungsstruktur haben hier Nachteile gegenüber Kassen mit höheren Einnahmen oder einer jüngeren und evtl. gesünderen Bevölkerung.

Das ist ungerecht, weil die betroffenen Versicherten ja nicht entscheiden können, in welcher Kasse sie nun versichert sein wollen. Daher war die Leistungsharmonisierung (Anpassung der Leistungen an ein einheitliches Niveau) höchst an der Zeit.

Von den 23 unterschiedlichen Leistungsbereichen, die die Kassen selbst geregelt haben, konnten wir nun die ersten 11 harmonisieren. Stolz bin ich auch darauf, dass wir nicht an das schlechteste Niveau, sondern jeweils an das Beste angleichen können. So bekommen nun alle Versicherten etwa für Rollstühle, für Zeckenimpfungen, bei Familienzuschlägen im Krankenstand, Diabetikerversorgung, Inkontinenzversorgung, Transportkosten usw. die jeweils beste Geld- oder Sachleistung.

Damit aber nicht genug, noch im Herbst wollen wir die nächsten der noch offenen 12 Leistungsbereiche angehen und auch hier zu den besten einheitlichen Leistungen kommen.

Ein erster wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung, weitere werden folgen.

Andreas Huss, MBA
GKK-Obmann und LGF der GBH Salzburg

rund um die GBH

Auszeichnung für die **besten Maurer- und Zimmereilehrlinge Österreichs**

Großer AUVA-Sicherheitspreis 2017. Beim Bundesfinale des „Großen Sicherheitspreises für Maurer- und Zimmereilehrlinge“ der AUVA traten am 21. April die 35 besten Lehrlinge Österreichs aus dem dritten Lehrjahr an, um ihr Fachwissen zum Thema Sicherheit und Gesundheit auf der Baustelle unter Beweis zu stellen.

Austragungsort des bewährten Sicherheitswettbewerbs war diesmal der Lehrbauhof Ost der BAUAkademie Wien in Guntramsdorf. Der Große Sicherheitspreis wird gemeinsam mit der Gewerkschaft Bau-Holz und der Geschäftsstelle Bau vergeben.

„Fundiertes Fach- und Anwendungswissen über Arbeitssicherheit sind Voraussetzung, um den Beruf sicher und gesund ausüben zu können. Da gerade junge, unerfahrene Beschäftigte ein erhöhtes Unfallrisiko haben, setzt die AUVA seit Jahren Präventionsschwerpunkte für Lehrlinge“, erklärt Wolfgang Birbamer, 1. Obmann-Stellvertreter der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) und Wiener GBH-Landesgeschäftsführer.

Bester Maurerlehrling Österreichs wurde Thomas Winkler (Habau Hoch- und Tiefbau GesmbH) von der BS für das Baugewerbe aus Wien, knapp vor Patrick Hofbauer (Wien) und Emilie Gallistl (Salzburg). Bester Zimmereilehrling ist Julian Riegler (Vollhaus GmbH) von der BS 2 aus Linz vor Markus Holzmann (NÖ) und Rene Steinlechner (Tirol).

Die erfolgreichsten Maurerlehrlinge (v.l.n.r.): Emilie Gallistl (3. Platz), KR Wolfgang Birbamer (1. Obmann-Stellvertreter AUVA und Wiener GBH LGF), Patrick Hofbauer (2. Platz), Thomas Winkler (1. Platz), Mag. Alexander Bernart (Direktor AUVA-Landesstelle Wien).

Europa-Betriebsrat bei LafargeHolcim gegründet

Es war ein historischer Moment für die Betriebsräte, als am 27. März 2017 in Paris die Vereinbarung über einen europäischen Betriebsrat im LafargeHolcim-Konzern unterzeichnet wurde.

EBR Ewald Simandl: „Der Geschäftsleitung war es sehr wichtig, den sozialen Dialog zu verstärken und ihr soziales Engagement durch Zugeständnisse hervorzuheben. Wir haben uns auf belgisches Recht als Grundlage und auf die Integration der Länder des EWR, die nicht Mitglied der EU sind und wo wir Standorte haben, geeinigt. Dadurch ist auch die Schweiz ein Vollmitglied geworden und es gibt einen Kündigungsschutz bei den EBR der Schweiz, was dort nicht selbstverständlich ist, wie z.B. in Österreich. Auch Großbritannien bleibt nach dem BREXIT ein Vollmitglied, solange es nicht den EWR verlässt.“

WIFO: Industrie, Bauwirtschaft und Exporte **kräftigen Wachstum**

Die heimische Wirtschaft wuchs lt. Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) im ersten Quartal 2017 gegenüber dem Vorquartal um 0,7 Prozent (IV. Quartal + 0,6 Prozent).

Die saison- und arbeitstagsbereinigte BIP-Veränderungsrate (Kennziffer laut Eurostat-Vorgabe) stieg um 0,6 Prozent.

Damit lag das Wachstum in Österreich leicht über jenem im Euro-Raum sowie in der EU 28 (0,5 Prozent).

Bauwirtschaft setzt Impulse

Die stärksten positiven Impulse kamen von der exportgetragenen Sachgütererzeugung und aus der Bauwirtschaft. Auch die privaten und öffentlichen Konsumausgaben steigen.

Generalsanierung: **Das Parlament übersiedelt**

Die Hofburg wird ab kommendem Sommer das Parlament beherbergen. Für die Dauer der Generalsanierung werden Nationalrat und Bundesrat zum ersten Mal in der Geschichte außerhalb des Hauses tagen.

Foto: © Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

In den Redoutensälen der Hofburg wird zurzeit gesägt und gehämmert, gestemmt und gebohrt.

In den prunkvollen Räumen, in denen üblicherweise Kongresse oder Bälle stattfinden, herrscht derzeit geschäftiges Treiben einer anderen Art. Dieser Trakt der Hofburg ist eine große Baustelle. Im Sommer wird hier das Parlament einziehen. Ende August beginnt die Generalsanierung des Parlamentsgebäudes. Bis dahin muss das Haus am Ring komplett geräumt sein, der gesamte Betrieb übersiedelt in verschiedene Ausweichquartiere. Nationalrat und Bundesrat werden drei Jahre lang im großen Redoutensaal tagen, der zu diesem Zweck in einen Plenarsaal umgebaut wird. Der Plenarsaal wurde in einer Halle in Schwechat aufgebaut, in der Folge in Einzelteile zerlegt und in der Hofburg wieder zusammengebaut.

Alles in allem werden für die Einbauten rund 4.300 Quadratmeter Brandschutzplatten, mehr als 50 Kubikmeter Holz, 30 Tonnen Stahl sowie Tausende Schrauben, Gewindestangen und Winkelverbindungen verarbeitet.

Auch bei den drei temporären Büropavillons auf dem Heldenplatz und im Bibliothekshof der Hofburg für Abgeordnete, Klubs und MitarbeiterInnen läuft alles nach Plan. Die Fassaden sind mit Netzfolien zum Sonnen- und Sichtschutz versehen, die wichtige Gesetzestexte von der UN-Menschenrechtscharta bis zum Bundes-Verfassungsgesetz zeigen. Im Bibliothekshof finden die Nationalratspräsidentin, der Zweite und Dritte Präsident sowie die Parlamentsdirektion Platz; außerdem gibt es hier Sitzungsräume für die Ausschüsse.

Nach der technischen Adaptierung der Räumlichkeiten wird bis Mitte August das gesamte Parlament übersiedelt.

rund um die GBH

Europäische Jugend-Konferenz: **Digitaler Wandel ist gestaltbar**

In einer europäischen Jugend-Konferenz befassten sich rund 50 JugendvertreterInnen aus sieben europäischen Ländern mit der zunehmenden Digitalisierung unserer Arbeits- und Lebenswelt.

In vier Workshops wurden gemeinsam mit ExpertInnen die Themen „Neue Kommunikation und Datenschutz", „Gewerkschaftliche Organisation im digitalen Wandel", „Weiterbildung, Bildung, Qualifikation im digitalen Wandel"und „Digitaler Wandel und Standortdiskussion" erarbeitet.

WhatsApp & Co.

Es wurde etwa angeregt, dass mittels neuer Medien wie WhatsApp und anderen Kanälen in Zukunft Kundgebungen und Aktivitäten bis hin zu Streikaufrufen erfolgen können. Damit kann man auch viele KollegInnen etwa im Außendienst erreichen. Klar ist, dass auch die Gewerkschaften zu diesem Thema gefordert sind.

Eigene Online-Beratungen in den Gewerkschaften werden gefordert und auch der gewerkschaftliche Bildungsbereich ist in diesem Zusammenhang gefragt

Der persönliche Kontakt bei Seminaren und das gemeinsame Lernen ist in diesem relativ neuen Bereich besonders wichtig.

Die Ergebnisse werden im Herbst in einer Broschüre erscheinen und auf der Website **www.arbeiterkammer.at** abrufbar sein.

Linktipp

„Gäste/Gosti/Misafirler": Lehrlinge errichten Skulptur am Karlsplatz

Am Rosa Mayreder Platz, einem Teil des Karlsplatzes in der Wiener Innenstadt, errichteten Bau-Lehrlinge eine mehrteilige Skulptur mit einer Grundfläche von 4,5 x 4,5 m und einer Höhe von ca. 2,6 m, die nicht nur zum Betreten, sondern auch zum Verweilen einlädt.

Die Skulptur ist das Resultat einer intensiven, mehrere Monate dauernden Zusammenarbeit von Schülern der Berufsschule für Baugewerbe und dem Künstler Karsten Födinger. Initiiert wurde das Projekt von der Vermittlungsabteilung der Kunsthalle Wien in Kooperation mit der Arbeiterkammer Wien und der Berufsschule für Baugewerbe.

Das von den Schülern entwickelte Projekt hatte von Anfang an sozialen Charakter, was sich auch am Titel der Arbeit ablesen lässt. "Gäste / Gosti / Misafirler" ist ein Begriff in den drei Sprachen, in denen innerhalb der Klasse kommuniziert wird: Deutsch, Bosnisch/Kroatisch/Serbisch und Türkisch. Der Titel soll auch ausdrücken, dass die Jugendlichen sich zwar in ihren Heimatbezirken, nicht aber in der Wiener Innenstadt heimisch fühlen. Daraus entstand die Idee eines „Gästehauses".

Die beteiligten Lehrlinge, Thomas Prigl (Berufsschule für Baugewerbe), Nicolaus Schafhausen (Kunsthalle Wien), Marina Laux (AK Wien)
Copyright: Kunsthalle Wien 2017

3-Länder-Frauenkonferenz:

Ist Liebe produktiv?

GBH-Frauen. Es war die dritte gemeinsame Konferenz der Frauen aus den Gewerkschaften Unia (Schweiz), Bau-Holz (Österreich) und IG BAU (Deutschland). Vor dem beeindruckenden Panorama der schneebedeckten Gipfel des Berner Oberlands diskutierten die Kolleginnen über ihre Ziele und gesellschaftliche Herausforderungen.

Unter dem provozierenden Titel „Ist Liebe produktiv?“ standen Fragen nach dem Wert der unbezahlten Arbeit und der Existenzsicherung im Vordergrund.

Insbesondere setzten sich die Gewerkschafterinnen dabei mit den Chancen und Risiken zunehmender Digitalisierung in ihrer Lebenswelt auseinander. Spannende neue Berufsfelder und größere Freiheiten in der Erwerbstätigkeit stehen auf der einen Seite. Die Vernichtung vieler Arbeitsplätze, zunehmend prekäre Beschäftigung, mangelnde soziale Sicherheit, mehr Leistungsdruck, Vereinsamung und wachsende Existenzängste prägen die andere Seite der Medaille. Dazu kommen größere Kontroll- und Manipulationsmechanismen in all unseren Lebensbereichen. Die Sorgen vieler Menschen sind berechtigt.

Eng damit verbunden ist die Frage nach der Zeit und dem Wert menschlicher Arbeit. Wieviel Zeit wird berechnet, um ein weinendes Kind im Kindergarten, einen trauernden Angehörigen im Altenheim oder auch zu Hause zu trösten? Wie bemesse ich den Wert des Zuhörens, der Hilfe oder einfach des „Da-Seins“ für andere?

Sehr bewusst haben deshalb die Frauen ihren Blickwinkel auf die Frage gerichtet: Wie kann Digitalisierung zu mehr Lebensqualität genutzt werden? Zu fairer Arbeit und einem guten Leben für alle?

Im Ergebnis der dreitägigen Konferenz standen als zentrale Handlungsfelder:

- Frauen zu ermutigen und zu stärken, den **Wert ihrer Arbeit** zu erkennen, ihre Interessen zu formulieren und gewerkschaftlich organisiert zu vertreten

- Sich innerhalb ihrer Gewerkschaften und in der internationalen Zusammenarbeit dafür einzusetzen, den Blick auf die „**gesamte Arbeit“ zu schärfen**

- Damit verbunden ist die Forderung nach einer **30-Stunden-Woche als reguläre Vollzeiterwerbstätigkeit,** um die Produktivitätssteigerung durch Digitalisierung für eine partnerschaftliche Teilung aller Arbeit zu nutzen und Erwerbslosigkeit zu verringern

- Sich gemeinsam für ein **existenzsicherndes, bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) einzusetzen,** um soziale (Grund)sicherung aus der Abhängigkeit von Erwerbsarbeit zu befreien und Sozialversicherungssysteme zu ergänzen. Ein BGE könnte unbezahlter gesellschaftlich notwendiger Arbeit im privaten Bereich wie auch ehrenamtlichem Engagement mehr Raum und Zeit geben und selbstbestimmte Erwerbsbiografien erleichtern. Es könnte durch entsprechende Besteuerung von Einkünften und Gewinnen zu einer Umverteilung von oben nach unten beitragen.

- Eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik einzufordern, in der die Verantwortung für das **Gemeinwohl Ziel des Handelns ist** – ein gutes Leben für alle statt der derzeitigen menschenfeindlichen und zerstörerischen Wachstums- und Wettbewerbsideologie.

Das klingt nach großen Zielen, vielleicht so hoch wie die Schweizer Berge. Aber auch die wurden und werden von Menschen erklommen. Neben Ambition, Kenntnissen und Fähigkeiten brauchen sie dafür Vertrauen in die eigene Kraft. Genau daran werden die Gewerkschaftsfrauen gemeinsam weiterarbeiten.

Sylvia Honsberg

Link-tipp

Weitere Informationen zu den GBH-Frauen: www.**bau-holz**.at/**frauen**

GBH goes Facebook

facebook. Der nächste Schritt zur Modernisierung unserer Kommunikationskanäle ist getan. Nach monatelanger Vorarbeit ist unsere Facebookseite online. Für unsere GBH-Mitglieder bedeutet das noch schneller, noch besser und in übersichtlicher Form über unsere Arbeit informiert zu sein.

Unsere Schwerpunkte

Schwerpunkte werden neben Jugendaktivitäten interessante Videos, Fotos und Links über arbeitsrechtliche Themen, KV-Verhandlungen und gewerkschaftspolitische Themen sein. So werden wir über unsere Facebookseite über aktuelle Entwicklungen zu fairen Vergaben, Lohn- und Sozialdumping und BUAK-Themen informieren.

… wen interessiert das?

Zielgruppe sind facebookaffine GBH-Mitglieder und alle, die an unserer Arbeit interessiert sind. 45 Prozent unserer Mitglieder verwenden regelmäßig das Internet und Web 2.0 Medien. Daher ist es wichtig, diese Kommunikationslücke zu schließen und in Zukunft hier verstärkt aufzutreten. **Schau heute noch rein!**

Like us on facebook

So können wir noch näher bei unseren Mitgliedern sein!

… freut sich **GBH-Jugendverantwortlicher Albert Scheiblauer** über den neuen Facebook-Auftritt der Gewerkschaft Bau-Holz

Tarife und Rechte in Europa

Link-tipp

constructionworkers.eu
Internationale Website klärt über Arbeitsrechte auf

Über www.constructionworkers.eu klärt die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter (EFBH) Beschäftigte am Bau in 24 Sprachen über ihre Arbeitsrechte in den jeweiligen EU-Staaten auf.

Informationen über Lohnhöhen werden laufend gewartet und aktualisiert.

Im Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping ist es notwendig, dass Bauarbeiter leichten Zugang zu Informationen über ihre Rechte und Lohnansprüche im jeweiligen Beschäftigungsland haben. Das ist eine Grundvoraussetzung, um der europaweiten Ausbeutung auf Baustellen einen Riegel vorschieben zu können. Denn, wer nicht weiß, was ihm rechtlich zusteht, kann das auch nicht einfordern.

Durch die geplante eigene App für die Site werden die Informationen noch einfacher und unkomplizierter zugänglich.

PPC Insulators in Frauental

3,4 Mio. Sozialplan steht

Schließung Porzellanfabrik in Frauental: Für die 160 Beschäftigten der PPC Insulators in Frauental war es ein „Schlag ins Gesicht", als sie am 5. April dieses Jahres überraschend erfahren mussten, dass eine Schließung ihres Betriebes vorbereitet wird. Unverständnis und Wut machte sich bei der Belegschaft breit. Immerhin wirft das Werk einen Gewinn ab und steht für die höchste Qualität im gesamten Konzern. Nun war der Betriebsrat gefordert und hat in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer einen Sozialplan für alle Betroffenen mit der Geschäftsführung abgeschlossen, sollte es 2018 tatsächlich zu einer Schließung kommen.

Nach fünf Verhandlungsrunden ist es zu einem Abschluss gekommen. Im Falle einer Schließung wird es zusätzlich zu den gesetzlichen und kollektivvertraglichen Ansprüchen freiwillige Sozialplanleistungen sowie eine Arbeitsstiftung für die MitarbeiterInnen geben. Diese zusätzlichen freiwilligen Geldleistungen werden nach Lebensalter und Dienstjahren berechnet.

Andreas Linke, Landesgeschäftsführer der zuständigen Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) Steiermark: „Ziel der Arbeitsstiftung ist es, alle Betroffenen durch Weiterbildungsmaßnahmen, Schulung und Beratungen so schnell wie möglich wieder in Beschäftigung zu bringen." GBH-Bundesvorsitzender Josef Muchitsch ergänzt: „Das Gesamtpaket, welches durch die Betriebsräte, Gewerkschaften und Arbeiterkammer verhandelt wurde, ist im Vergleich zu anderen Sozialplänen in der Steiermark äußerst positiv zu bewerten. Damit wird den Betroffenen bei der geplanten Schließung ab 2018 zumindest ein finanzielles Trostpflaster für die Überbrückung, bis sie einen neuen Job haben, zur Verfügung gestellt. Ohne die Gewerkschaften mit ihren Betriebsräten wären die Arbeitnehmer `mit einem Butterbrot abgespeist´ worden!"

Für Muchitsch und Linke sind die Schließungspläne zwar nach wie vor unverständlich, aber im Falle einer tatsächlichen Schließung sei das bestmögliche für die Beschäftigten herausgeholt worden.

GBH zu Gast **bei Liapor**

GBH-LGF Andreas Linke und GBH-Fachsekretär Marcus Gordisch waren bei der Fa. Liapor im Werk Fehring zu Gast.

Natürlich waren sie nicht mit leeren Händen gekommen: In Gesprächen und bei einer zünftigen Jause war Zeit, mit den Beschäftigten des Baustofferzeugers über die Wichtigkeit der Gewerkschaft und ihrer Errungenschaften zu diskutieren und direkt zu erfahren, wo der Schuh drückt.

Infoveranstaltungen **in Berufsschulen**

In den LBS Fürstenfeld, Murau sowie Graz 5 war die GBH mit Infoveranstaltungen für BerufsschülerInnen unterwegs. Jugendsekretärin Jasmin Pauser: „ Nach Vorträgen mit der AUVA und AK informierten wir die Lehrlinge nach der Schule über deren Kollektivverträge, Rechte und Pflichten sowie die Leistungen des ÖGB und der GBH!“

Gewinnspiel: Hauptpreis an **Ingrid Knopf**

GBH: Mitglieder werben bringt‘s!

Die GBH-Mitgliederwerbeaktion war ein voller Erfolg! Im Zuge einer Betriebsversammlung in der Firma Internorm in Lannach konnte GBH-LGF Andreas Linke der Betriebsrätin Ingrid Knopf den Hauptpreis – eine Reise nach Nizza – übergeben. **Wir gratulieren herzlich!**

Eduard Dorn seit **60 Jahren GBH-Mitglied**

GBH-Sekretär Marcus Gordisch überreichte Ehrung

Seit 60 Jahren ist Kollege Eduard Dorn GBH-Mitglied.

Der ehemalige Baggerfahrer betonte anlässlich seiner Ehrung: „Ich bin stolz, immer Mitglied der GBH gewesen zu sein.“

Wir gratulieren!

Wassertrinken ist enorm wichtig!

Bereits bei **normaler Arbeit** verbraucht ein Mensch ca. **2.5 Liter Flüssigkeit.** Schon ein Flüssigkeitsverlust von 2 Prozent verursacht einen **Leistungsverlust von 20 Prozent!** Nähere Infos: Seiten 8 und 9

Hitzeregelung ab 35 Grad nutzen

Die Entscheidung liegt beim Arbeitgeber bzw. dessen Beauftragten: **www.buak.at**

Link-tipp

GBH Gewerkschaft Bau - Holz

Ich bin dabei! Du auch?

Österreichische Post AG, MZ 02Z031737 M, ÖGB-Verlag, Johann Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Retouren an PF 100 1350 Wien

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

_____

_____ / / /

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

_____ / _____

Postleitzahl Ort **HERZLICHEN DANK!**

DVR-Nr. 0046655 ZVR 576 439 352 F-05

Impressum | Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Bau-Holz, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 | **Medieninhaber und Hersteller:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1 | **Offenlegung nach § 25 Mediengesetz unter:** www.gbh.at/offenlegung | **Fotos:** GBH-Presse Trabi, fotolia.com, Lach, Koschar, Lipinsky | **Redaktion:** Thomas Trabi, M.A., Mag. Sonja Schmid, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, presse@gbh.at | **Layout, Grafik & Konzept:** GBH-Presse, Thomas Trabi, M.A. | **Druck:** Medienfabrik Graz